

Die Frau, die Pornhub in die Knie zwingt

Von einem Tag auf den anderen löscht die grösste Pornoseite der Welt Millionen Videos. Dahinter steckt eine monatelange Kampagne der Amerikanerin Laila Mickelwait. Was treibt sie an?

Rafaela Roth

Legt sich mit dem «big porn business» an: Laila Mickelwait bei einer Demonstration in Los Angeles

Annamaria Zunino Noellert

Sie mag ihren Aufenthaltsort nicht angeben, im Internet ist sie so präsent wie nur möglich: Die Amerikanerin Laila Mickelwait ist der Kopf einer Kampagne, die in den letzten Monaten globale Wucht entfaltet und den weltweiten Marktführer für Internet-Pornografie zum Löschen eines Grossteils seiner Videos gezwungen hat. Ziel ist eine der meistbesuchten Websites der Welt: die Videoplattform Pornhub. In den entfernten Videos ist nicht nur gewöhnliche Pornografie zu sehen, sondern sie zeigen mutmasslich auch sexuelle Handlungen mit Minderjährigen und erzwungenen Sex.

Mickelwait sitzt irgendwo in Kalifornien an ihrem Laptop und macht keinen Punkt und kein Komma, wenn sie darüber zu sprechen beginnt: «Wir wollen Gerechtigkeit für die Opfer und die Verantwortlichen auf der Anklagebank», sagt die 38-Jährige, nicht weniger als das ist ihr Ziel. Sie ist seit acht Jahren bei der christlichen Non-Profit-Organisation Exodus Cry tätig, die gegen Menschenhandel kämpft.

Die Aktivistin glaubt, dass sie sich mächtige Feinde macht - deswegen die Diskretion über ihren Wohnort, auch über ihre Familie will sie lieber nicht zu viel sprechen. Die Frau hat es mit dem globalen «big porn business» aufgenommen, wie sie es nennt. Allen voran mit dem Konzern Mindgeek, einem «Mega-Raubtier» der Branche mit Sitz im steuergünstigen Luxemburg, Büros in Kanada und etwa 35 Tochterfirmen auf der ganzen Welt.

Sein Umsatz soll bei rund 500 Millionen Franken pro Jahr liegen. Dem Unternehmen gehören praktisch alle namhaften Gratis-Porno-Galerien im Internet - von Pornhub über Youporn bis Redtube. Vor kurzem konnte Mickelwait einen Sieg verbuchen: Der Konzern hat gemäss Medienberichten 8,8 Millionen seiner insgesamt 13,5 Millionen Videos aus dem Angebot von Pornhub gekippt. Was war passiert?

Zu lange weggeschaut

Pornhub ist die grösste Porno-Site im Internet, 115 Millionen Menschen besuchen sie täglich - fast so viele wie alle Einwohner Australiens, Spaniens und Argentinens

zusammen. Auch in der Schweiz rangiert die Website unter den 50 beliebtesten des Landes. Sie zeigt eine Mischung aus Pornovideos von professionellen Produktionsfirmen und Amateurfilmen, die von Nutzern selber auf die Site geladen werden.

Hier liegt das Problem begraben: Um selber zum Pornoproduzenten zu werden, sind bloss eine E-Mail-Adresse und ein Nutzernamen nötig. Pornhub kontrollierte nie, wer die Videos hochlädt - und nicht, wie alt die Darstellerinnen und Darsteller in den Videos tatsächlich sind. Kategorien wie «Teens» sind auf der Plattform beliebt. Die Website operiert diesbezüglich in einem Graubereich.

So kommt es immer wieder vor, dass die Protagonisten gar nicht in die Veröffentlichung ihrer Videos eingewilligt haben. «Racheporno» heisst etwa ein dadurch entstandenes Phänomen - wenn geprellte Ex-Freunde private Videos ihrer früheren Partnerin veröffentlichen, um ihr zu schaden. In den Galerien können so aber auch Pornografie mit Minderjährigen und Videos von realen Vergewaltigungen und Gewalt auftauchen.

Der Druck auf Pornhub stieg ab Februar 2020. Der britische Sender BBC nahm die Geschichte von Rose Kalembe aus Ohio auf. Die damals 25-Jährige wurde im Alter von 14 Jahren entführt, über zwölf Stunden lang von zwei Männern vergewaltigt und dabei gefilmt. Die Videos davon fanden sich auf der Website unter Suchwörtern wie «bewusstloser Teenager».

Eines davon wurde von über 400000 Menschen geschaut. Die Website lässt es zu, dass die Beiträge heruntergeladen und an beliebigen Stellen des Internets wieder veröffentlicht werden können. Pornhub reagierte über Monate nicht auf die wiederholten Bitten des Mädchens, die Videos zu löschen. Erst als Kalembe nach einem Jahr auf die Idee kam, eine falsche E-Mail-Adresse aufzusetzen und sich als Anwältin auszugeben, funktionierte der Druck.

«Pornhub ignoriert seit Jahren Löschungsforderungen von Opfern», sagt Laila Mickelwait. «Anstatt dass sich der Konzern entschuldigt und Wiedergutmachung leistet, werden Opfer verleumdet und ruhiggestellt.» Mit dem Fall von Kalembe konfrontiert, antwortete damals Pornhubs Community-Managerin in einem Internetforum etwa, das Mädchen sei eine Anti-Porno-Aktivistin, deren Videos gar nicht existierten.

Kampagne geht viral

Noch kurz vor der BBC-Geschichte geht Mickelwait in die Offensive. «Zeit, Pornhub auszuschalten», fordert sie in einem Kommentar im «Washington Examiner». Pornhub profitiere von der illegalen Verbreitung und Kommerzialisierung von Kinderpornografie. Sie startet eine Internet-Petition mit der gleichen Forderung. Diese verbreitet sich wie von allein, in einem Monat kommen 500000 Unterschriften zusammen, heute sind es über zwei Millionen. Immer mehr Menschen verwenden

Mickelwaits Hashtag #Traffickinghub - «Menschenhandelshub». Vor den Büros von Mindgeek in Kanada beginnen Menschen wöchentlich zu demonstrieren, auch in Grossbritannien und Los Angeles gibt es Proteste.

Laila Mickelwait sammelt weitere Geschichten von missbrauchten Minderjährigen, klickt sich stundenlang durch Material, spricht an, was sonst lieber schamhaft verschwiegen wird. Auf ihrem Twitter-Account folgen ihr inzwischen Tausende. Pornhub bestreitet die Vorwürfe, verbessert aber das Meldesystem für missbräuchliche Videos und beginnt, mögliche Kinderpornografie von sich aus den Behörden zu melden. Während die Täter teilweise verurteilt werden, kommt Pornhub immer davon.

Als die «New York Times» vor rund zwei Wochen in einer grossen Analyse weitere Fälle bekannt macht und die Kreditkartenfirmen Visa und Mastercard daraufhin die Zusammenarbeit mit der Website sistieren, sieht der Konzern sich gezwungen, drastischer zu reagieren. Er löscht fast 9 Millionen Videos von nicht verifizierten Konten aus der Datenbank und stellt mehr Kontrolleure an. Auch das Herunterladen von Videos ist nun nicht mehr möglich.

Schwer zu regulierender Markt

Laila Mickelwait ist damit noch nicht zufrieden. «Die Betreiber müssen zur Verantwortung gezogen werden», sagt sie. Mickelwait hat in Los Angeles Public Diplomacy studiert, hat bei der Uno gegen Menschenhandel lobbyiert und schreibt seit acht Jahren an einem Buch über den schädlichen Einfluss von Pornografie auf Kinder. Sie und ihre Organisation werden nun selber Ziel von Kritik. Der Gründer von Exodus Cry fiel in der Vergangenheit mit homophoben Äusserungen und Anti-Abtreibungs-Parolen auf. «Exodus Cry hat nie irgendetwas anderes gemacht, als Menschenhandel zu bekämpfen», sagt sie.

Der Fall zeigt vor allem die Komplexität der Regulierung von globalen Internetfirmen wie Mindgeek. Pornhub stellt sich nach der Löschaktion auf den Standpunkt, man werde nicht wegen ungenügender Richtlinien zum Ziel dieser Kampagne, sondern schlicht, weil man Pornografie für Erwachsene anbiete. Die Organisationen seien die gleichen, die schon immer aus moralischen Gründen für die Abschaffung kommerzieller Pornografie gekämpft hätten. «Wir haben uns immer dafür eingesetzt, illegale Inhalte und Inhalte zu sexuellem Missbrauch von Kindern zu eliminieren.»

Auch professionelle Pornoproduktionsfirmen und Sexarbeiterinnen kritisieren die Kampagne. Das Vorgehen gegen Pornhub behindert auch ihre Möglichkeiten, mit ihren Produktionen Geld zu verdienen. Eine Petition aus diesem Umfeld fordert Pornhub auf, gegen missbräuchliches Material, aber vor allem auch konsequent gegen Videopiraterie vorzugehen. Weil Mindgeek praktisch alle Gratis-Websites gehören, profitiert der Konzern so oder so von einer Weiterverbreitung. Anti-Internetzensur-Aktivist*innen sehen mit dem Vorgehen der Kreditkartenfirmen auch die freie Meinungsäusserung in Gefahr.

Pornhub ist so gross geworden, dass die Probleme nicht mehr ignoriert werden können. Kanadas Premierminister Justin Trudeau hat angekündigt, neue Verordnungen für die Plattformen auszuarbeiten. Die Manager der Firma sind Kanadier, wem sie gehört, ist nicht bekannt. Auch in den USA soll ein neues Gesetz ausgearbeitet werden, das es für Opfer einfacher macht, Pornofirmen zu verklagen, die mit ihren Videos Geld verdienen.

Mickelwait macht weiter. Denn was für die einen die beliebteste Porno-Site der Welt ist, ist für sie die grösste öffentliche Sammlung von Gewalt im Internet.